

Zolldeal: EU-Kommission verteidigt „relativen Erfolg“

Die EU-Kommission wehrt sich gegen Kritik an der [Zollvereinbarung](#) mit den USA. „Niemand hat einen besseren Deal als wir“, sagte ein hochrangiger Kommissionsbeamter am Dienstag. Er verwies auf den Fakt, dass die EU als einzige US-Handelspartnerin [heraushandeln](#) konnte, dass ihr Pauschalzoll die bestehenden Zolltarife nach Meistbegünstigungsprinzip (MFN) einschließen soll. Bei relativ hoch verzollten Agrargütern wie Käse bringe dies EU-Produzenten in eine bessere Lage als etwa britische, die einen Pauschalzoll von zehn Prozent plus den MFN-Tarif abführen müssen. Auf die Mehrheit ihrer Industrieprodukte haben die USA jedoch sehr niedrige Zölle.

Ein Kommissionssprecher wies Kritik von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil zurück. „Wir waren ziemlich überrascht, diese Aussage vom deutschen Minister zu hören“, sagte er. Die Mitgliedstaaten hätten stets betont, dass ein Handelskonflikt mit den USA nicht wünschenswert sei. „Das war die Ansicht einer überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten, inklusive jenem, aus dem der genannte Minister kommt“, so der Sprecher. Klingbeil hatte sich bei einem Besuch in Washington unzufrieden gezeigt mit dem Deal. „Ich finde, wir waren zu schwach“, sagte er.

Die Kommission hofft auf einen schnellen Abschluss der gemeinsamen Erklärung mit den USA. Nach Informationen von *Table.Briefings* liegt ein Vorschlag der Kommission derzeit bei den US-Verhandlern. „90 bis 95 Prozent des Texts“ seien fertig, sagte der Kommissionsbeamte. Teil dieser Erklärung sollen auch geplante Zollerleichterungen sein, welche die Kommission bisher als „zero for zero“ beworben hatte, insbesondere für Weine, Spirituosen und Bier. Laut Kommissionsangaben dürfte es nun eher auf eine Lösung hinauslaufen, in der die EU ihren Zoll auf null senkt und die USA beim MFN-Satz bleiben. Dieser liege in vielen Fällen ohnehin schon bei null Prozent.

Die Stahlindustrie wird noch länger auf Details warten müssen. Die Kommission und die US-Regierung haben sich demnach geeinigt, dass EU-Produzenten eine gewisse Quote an Stahl zollfrei in die USA einführen dürfen. Aber die genauen Quoten seien noch nicht im Joint Statement zu erwarten, heißt es in der Kommission. Dort geht man davon aus, dass die USA ihre Zölle auf Autos, Autoteile, Flugzeuge und Flugzeugteile für die EU nach der Einigung über die gemeinsame Erklärung anpassen werden.

Erst später soll die EU ihre Industriezölle für die USA senken. Aus der Kommission hört man, dass die EU die versprochenen [Zollsenkungen](#) für die USA erst im Rahmen eines Handelsabkommens vollziehen würde, dessen Verhandlung im Nachgang zur gemeinsamen Erklärung beginnen würde. Die Form eines formellen Handelsabkommens würde auch den Einbezug des Europäischen Parlaments garantieren.

Der Deal wird in den USA und in der EU weiterhin unterschiedlich

interpretiert. Während die Kommission versichert, die Investitionsversprechen von 600 Milliarden Dollar seien bloß aggregierte [Absichtserklärungen](#) aus der Privatwirtschaft, sieht Präsident Trump sie als „Geschenk“ – eine Art Investitionsfonds, den er selbst einsetzen kann, wie er will. In einem Interview auf dem Fernsehsender CNBC drohte er der EU mit einem Zoll von 35 Prozent, falls die Investitionsversprechen nicht eingehalten würden. *János Allenbach-Ammann*